

Hundehalter flüchten vor harten Gesetzen

Kantönligeist beim Kampfhunde-Verbot

Heute stimmt der Nationalrat über ein neues Hundegesetz ab. Dadurch soll der kantonale Gesetzes-Wirrwarr beendet werden. Doch passieren wird das Gegenteil.

BENNO TUCHSCHMID

Ein Land und 26 verschiedene Hundegesetze. In der Schweiz existiert ein wahrer Flickenteppich aus verschiedenen Regeln für Hundehalter – in manchen Kantonen gelten noch dieselben Gesetze wie vor dreissig Jahren, in anderen wurden harte Massnahmen gegen Kampfhunde ergriffen, nachdem Ende 2005 in Oberglatt ZH drei Pitbulls einen kleinen Jungen totgebissen hatten. Im Gesetzes-Wirrwarr verliert sogar das zuständige Bundesamt für Veterinärwesen den Überblick. Wer eine Übersicht über die kantonalen Gesetze verlangt, wird an die Website der Stiftung «Tier im Gesetz» verwiesen. Eine private Stiftung wohlgermerkt.

Ein unmöglicher Zustand. Sowohl für die Hundehalter wie auch für die Kantone. Denn Kantone, die bei ihren Hundegesetzen weniger streng sind, werden nun zum Zufluchtsort für Hundehalter aus Kantonen mit scharfen Kampfhundegesetzen, wie zum Beispiel Thurgau, Wallis oder Zürich. «Es gab bei uns solche Fälle», sagt Gabriela Calzavara, Amtstierärztin des

Update

Hundegesetz statt Pitbull-Verbot Die parlamentarische Initiative zum «Verbot von Pitbulls in der Schweiz» wurde 2005 durch Ex-CVP-Nationalrat Pierre Kohler (JU) eingereicht. Ursprünglich ging es in der Initiative um ein Verbot gewisser Kampfhunderassen. Im Verlaufe der Vernehmlassung wurde aber ein Verbot nicht mehr weiterverfolgt, auch weil Experten die Wirksamkeit eines solchen Gesetzes bezweifelten. Heute geht es in der Initiative vor allem um einheitliche Regelungen, was Zucht und Haltung betrifft. So soll die Züchtung von aggressiven Hunden verboten und in Schulen und auf Spielplätzen der Leinenzwang eingeführt werden. Heisst das Parlament das Gesetz und die Verfassungsänderung gut, wird das Volk darüber abstimmen. (BTU)

Kantonalen Veterinärdienstes St. Gallen. Die Leute hätten sich vor allem über die Bestimmungen für so genannte Kampfhunde im Kanton St. Gallen erkundigt – mehrheitlich Hundehalter aus dem Kanton Thurgau.

Auch in Luzern kennt man das Phänomen. «Wir haben es vor allem in den Tierheimen gemerkt», sagt Kantonstierarzt Josef Stirnimann. Ob die Zahlen wirklich relevant seien, könne er aber nicht sagen.

Entscheidende Frage bleibt offen

Jetzt soll alles einfacher werden. Heute stimmt der Nationalrat über ein neues Hundegesetz auf Bundesebene ab. Kommt das Gesetz im Parlament durch, dann wird das Volk auch über eine Verfassungsänderung abstimmen müssen – unter anderem soll verboten werden, Hunde auf Aggressivität zu züchten. Und an sensiblen Orten wie Spielplätzen oder Schulen soll Leinenzwang herrschen. Doch bei der wirklich entscheidenden Frage ist das Gesetz unklar: Kampfhunde werden nicht explizit verboten, die Kantone dürfen einzelne Rassen aber weiterhin verbieten. Das Chaos bleibt.

Für Gabriela Calzavara ist klar: «Das Gesetz macht keinen Sinn, wenn in den Kantonen trotzdem alle unterschiedliche Verordnungen haben.» Ihr Luzerner Kollege Josef Stirnimann sagt: «Für uns würde sich mit dem neuen Hundegesetz nichts ändern.»

SVP-Nationalrat Oskar Freysinger (VS), Mitglied der zuständigen Nationalratskommission, sagte an einer Pressekonferenz im Februar, er glaube, dass Kantone mit Kampfhunde-Ver-



PITBULL In manchen Kantonen ist diese Hunderasse verboten. ddp

böten künftig auf die «pragmatische» Linie des Bundes einschwenken würden. Regula Vogel, Kantonstierärztin von Zürich, sagt dazu, eine solche Einschätzung sei zurzeit nicht möglich. Sie gibt aber zu bedenken, «dass Ende November 2008 das neue Hundegesetz in der Volksabstimmung im Kanton

Zürich mit gut 60 Prozent Ja-Stimmen in der Variante mit einem Rasseverbot gutgeheissen wurde.» Der Thurgauer Amtstierarzt Ulrich Weideli sagt: «Wir machen gute Erfahrungen mit unserem Hundegesetz mit der Bewilligungspflicht. Es gibt keinen Grund, da etwas zu ändern.»

Nachrichten

107 000 gegen Kampffjets

Knapp ein Jahr nach Beginn der Unterschriftensammlung ist am Montag die eidgenössische Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» mit 107 828 Unterschriften in Bern eingereicht worden. Das Begehren verlangt ein Moratorium für den Kauf von neuen Kampfflugzeugen bis im Jahr 2019 und wird neben der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) von rund zwei Dutzend weiteren Organisationen mitgetragen. (AP)

Armee 496 Millionen für Aufrüstung

Das diesjährige Rüstungsprogramm ist im Nationalrat ohne Abstriche durchgekommen. Das Paket im Umfang von 496 Millionen Franken wurde am Montag mit 122 zu 55 Stimmen genehmigt. Es beinhaltet die Beschaffung eines neuen militärischen Anflugeitsystems, einer Fahrer-ausbildungs- und Trainingsanlage für Motorfahrer, von Simulationsanlagen und Sanitätswagen. Ein Nichteintretensantrag seitens der Grünen scheiterte klar mit 144 zu 39 Stimmen. (AP)

WEF Armee-Einsatz bis 2012 bewilligt

Der Nationalrat hat am Montag den Einsatz der Armee am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos für die nächsten drei Jahre genehmigt. Der Entscheid fiel mit 114 zu 55 Stimmen. Die bürgerliche Ratsmehrheit war der Ansicht, dass sich die jetzige Lösung zwischen der Armee und den Bündner Behörden bewährt habe. (AP)

Lebensmittel Herkunft weiter deklarieren

Die Schweizer Konsumenten sollen auch unter dem Regime des Cassis-de-Dijon-Prinzips wissen, aus welchem Land die angebotenen Lebensmittel und Rohstoffe stammen. Der Ständerat hat am Montag mit 25 zu 7 Stimmen eine entsprechende Bestimmung ins Gesetz über die technischen Handelshemmnisse eingefügt. (AP)

Freihandel Abkommen mit Japan bestätigt

Die eidgenössischen Räte stehen klar hinter dem Freihandelsabkommen mit Japan. Nach dem Nationalrat hat am Montag auch der Ständerat das Abkommen oppositionslos genehmigt. Es handle sich um ein sehr bedeutendes Abkommen, sagte Kommissionssprecherin Helen Leumann (FDP/LU). (AP)

Zug «Ohrfeige» für Ex-Sicherheitsdirektor

Die Justizprüfungscommission des Kantons Zug hat im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten im Straf- und Massnahmenvollzug dem früheren Regierungsrat Hanspeter Uster gravierende Führungsmängel vorgeworfen. (AP)

Sri Lanka Schweiz soll Frieden fördern

Die Schweiz soll sich aktiv für den Friedensprozess in Sri Lanka einsetzen. Der Verein Swiss Solidarity for Tamils hat am Montag in Bern dem Bundesrat eine Petition mit 20 000 Unterschriften übergeben. (AP)

26 VERSCHIEDENE HUNDEGESETZE

Kanton	Geltende Kampfhunde-Bestimmungen
AG	Meldepflicht für aggressive Hunde
AR	Hundegesetz aus dem Jahr 1969
AI	Massnahmen für aggressive Hunde
BL	Liste gefährlicher Hunderassen
BS	Bewilligungspflicht für Kampfhunde
BE	Keine Regelung betr. Kampfhunden
FR	Pitbull-Verbot und Kampfhundeliste
GE	Bewilligungs- und Maulkorbpflicht
GL	Keine Regelung betr. Kampfhunden
GR	Wesenstest für auffällige Hunde
JU	Künftig Bewilligungspflicht
LU	Einzelmassnahmen möglich
NE	Maulkorbzwang für bissige Hunde
NW	Meldestelle für bissige Hunde
OW	Hundegesetz aus dem Jahre 1979
SH	Bewilligungspflicht für Kampfhunde
SZ	Hundegesetz aus dem Jahre 1983
SO	Bewilligungspflicht für Kampfhunde
SG	Hundegesetz aus dem Jahre 1985
TI	Bewilligungspflicht für Kampfhunde
TG	Bewilligungspflicht für Kampfhunde
UR	Keine kantonalen Gesetze
VD	Bewilligungspflicht für Kampfhunde
VS	12 Kampfhunderassen verboten
ZG	Keine kantonalen Gesetze
ZH	Künftig gewisse Kampfhunde verboten

Quelle: www.tierimgesetz.org

Dank Kajütenbetten den Ansturm bewältigt

Randständige bekommen Gesellschaft: Finanzielle Not treibt immer mehr Menschen in die Notschlafstellen

Die Zahl der Menschen, die vorübergehend obdachlos sind, steigt: Notschlaf- und Beratungsstellen in mehreren Städten spüren eine grössere Nachfrage.

KAREN SCHÄRER

«Clochards sind eher in der Unterzahl heute», sagt Alfred Trechslin, stellvertretender Leiter der Basler Sozialhilfe, über die Klientel in den Notschlafstellen. Im Jahr 2008 hat die Nachfrage nach Betten in der Basler Notschlafstelle um 38 Prozent zugenommen. Konkret heisst das: Die Belegung nahm von durchschnittlich 27 auf 37 Personen pro Nacht zu. Der Trend

hat sich auch im ersten Quartal 2009 fortgesetzt. «Derzeit haben wir im Schnitt 40 Personen pro Nacht», sagt Trechslin. Zum Jahreswechsel wurde die Anzahl Betten kurzerhand verdoppelt: Man stellte Kajütenbetten in die Zimmer.

Notbetten auch in Luzern

Von Basel und Luzern über Zürich bis St. Gallen – überall stellt man derzeit Gleiches fest: Die Nachfrage nach Plätzen in den Notunterkünften ist grösser geworden. Und überall stellt man die gleiche Diagnose: «Der wirtschaftliche Druck ist auf Einzelne sehr gross geworden», sagt etwa Patrik Müller, Leiter

des Sozialamts St. Gallen. Auch in Luzern müssen regelmässig Notbetten aufgeklappt werden: Waren es früher 5 bis 7 Personen, die ein Bett brauchten, sind es heute 12 bis 15 pro Nacht. «Randständige bekommen wirtschaftliche Krisen am stärksten zu spüren», sagt Annamaria Käch vom Verein Jobdach. Vermieter, zum Beispiel, seien weniger kulant und würden bei ausstehenden Mieten härter durchgreifen.

Doch in den Notschlafstellen verkehren längst nicht mehr nur Randständige. So haben auch in der Churer Notschlafstelle schon Leute angeklopft, die nicht von Sucht betroffen

waren. «Arbeitslose oder Leute, die ihre Wohnung verloren haben, wohnen vorübergehend bei uns», sagt Betreuerin Susanna Paganelli.

Das knappe Angebot an günstigem Wohnraum in Städten führt zu grösserer Wohnungslosigkeit: «Nicht nur der Bedarf an Notschlafplätzen, sondern an Wohnraum generell ist gestiegen», sagt Martin Fischer, Gesamtleiter der Sozialwerke Ernst Sieber in Zürich. Bei den Sozialwerken rufen derzeit täglich Menschen an, die eine Notwohnung suchen. Früher kamen nur ein- bis zweimal pro Woche entsprechende Anfragen. Weniger von der schwieri-

gen wirtschaftlichen Lage ist in der Hauptstadt Bern zu spüren. «Wir sind eine Angestellten- und Beamtenstadt – hier ist der Druck nicht so gross», sagt Markus Nafzger, Koordinator für Obdachlosenfragen in Bern. «Wir sind ausgelastet, aber nicht überrollt.»

Mit Nothilfe zur Notschlafstelle

Für den Anstieg der Auslastungszahlen der Notschlafstellen sind auch Asylsuchende verantwortlich: In Basel, zum Beispiel, klopfen vermehrt auch Menschen an, die auf ihr Asylgesuch einen Nichteintretensentscheid bekommen haben und vom Bund Nothilfe beziehen.